

liegt; denn außerdem würde sich das Neue an das bestehende Alte angegeschlossen haben. Das Neue hat aber nur einen Werth, wird nur dann gerecht, wenn es sich an das bessere Alte anschließt, im Sinne des bessern Alten geschieht. Ist man nicht in dieser Versammlung, nicht bei der Regierung darüber einverstanden, daß man bei allen Reformen auf historischem Boden stehen müsse? Damals hat man aber den historischen Boden verlassen, man hat Neues geschaffen, ohne sich der alten Rechte zu erinnern, und dadurch ist es geschehen, daß wir um unsere besten Rechte gekommen sind. Durch die Knechtung und die schmachvolle Unterjochung der deutschen Fürsten und der deutschen Nation durch Napoleon, den entschiedensten Feind und empörendsten Vertreter der Rechte der deutschen Fürsten und Völker, den es je gegeben hat, war es gekommen, daß die heilige Scheu vor den in anerkannter Wirksamkeit bestandenen Rechten der Unterthanen verloren gegangen. Nach Bezwingung des Weltverrathens durch die Völker wurden die Throne wieder frei, nicht so die Völker; bei diesen blieb's beim Bonapartismus. — Wenn ich schon zu Anfang meiner Rede bemerkte, daß die Pressefreiheit die beste Gewährleisterin einer jeden Repräsentativverfassung sei, so mögen wir dies namentlich auch für wie gegen uns gelten lassen. Weshalb ist die Deffentlichkeit der ständischen Verhandlungen so unerlässlich? Wegen der Controle, welcher auch die Stände bedürfen. Diese geschieht aber nur durch die öffentliche Meinung. Diese aber kann nicht entstehen, kann sich nicht bilden, wo nicht Freiheit der Presse besteht. Man hat es — *incredibile dictu* — hier und da übel nehmen wollen, wenn das Handeln und Streben der Volksabgeordneten der öffentlichen Beurtheilung durch die Presse unterworfen wird. Meine Herren! Das Volk wird sich wahrhaftig nicht von Menschen, die es selbst gewählt hat, mit völligem Stillschweigen befehlen, Befehle vorschreiben und das Geld aus dem Beutel bewilligen lassen. So lange man aus Deutschland kein Trappistenkloster macht, so lange verzichte man auf ein solches Stillschweigen. Gegen seine selbstgewählten Vertreter will das Volk reden dürfen. Es verlangt also Pressefreiheit auch gegen seine eignen Vertreter, und das von Rechtswegen. — Und ebenso nothwendig ist die Pressefreiheit für die Staatsregierungen. Durch den Presszwang und die Censur muß sie einem jeden wahrhaft ehrenden Lobe, einem jeden, volle Ueberzeugung gewährenden Lobe entsagen. Jean Paul sagt: „Ja sogar euer Lob gilt aus einem Staate Nichts, dem die Freiheit des Tadels gebricht.“ Eine censurierende Regierung hat kein Organ, mittelst dessen sie auf die öffentliche Meinung einwirken kann. Denn was sie in den Blättern ihres Landes nicht streichen läßt, wird von den Lesern als halb amtlich, was sie aber streichen läßt, als ihr unangenehm genommen. Die inländische Literatur, die Zeitschriften verkümmern geistig und ökonomisch; das Publikum wendet sich an freie Blätter des Auslandes, und diese geistige Contrebande ist gefährlicher, als die materielle. Auch hier erlauben Sie mir, wieder eine gewichtige Autorität anzuführen, weil geachtete Staatsrechtslehrer und Publicisten mit ihren Worten mehr Vertrauen einlösen. Es ist dies der edle Freiherr v. Wangenheim in der Schrift: „Die Wahl des Freiherrn v. Wangenheim zum Abgeordneten betreffend.“ Da sagt er:

„Und wenn sich die wahre öffentliche Meinung in Deutschland, welche Nichts will, als daß die Regierungen ihr Wort einlösen, ihren Völkern gesegnete Freiheit lassen, die gesegnete Gleichheit nicht verletzen, die Sicherheit der Rechte Aller, welche jede wirklich wohlmeinende und wohlgeordnete Regierung zu gewähren hat, auch wirklich gewähren, und daß sie die Sicherheit Deutschlands und dessen Wohl durch einen ächten Staatenbund nicht bloß, wie seit 17 Jahren geschehen, versprechen, sondern wirklich und wahrhaft gründen sollen, — wenn sich diese wahre öffentliche Meinung in Deutschland, welche keine Revolution, sondern nur Evolution will, und daher von dem Volke auf diesem Wege der Evolution Treue gegen den Regenten, Gehorsam dem Gesetze, Ehrerbietung vor der ordnungsmäßigen Obrigkeit fordert, — wenn sich diese wahre öffentliche Meinung in Deutschland nicht noch lauter, bestimmter, entschiedener und allgemeiner ausdrückt, woran liegt es?“

„Daran liegt es, daß, weil der ehrliche Mann von den Rechten der Regierung nicht reden kann, ohne ihrer Pflichten, und nicht von den Pflichten des Volks, ohne auch seiner Rechte zu erwähnen, weil er Schwarzes nicht weiß, Saures nicht süß, Schlechtes überhaupt nicht gut nennen kann, die öffentliche und geheime Censur vielen solchen Männern den Mund verschließt. Dann erfährt der Regent nicht einmal, wo seine Minister in seinem Namen sündigen. Denn wenn die Männer der ächten Mitte nicht laut werden dürfen, so reden die Männer der Extreme, welche, obgleich aus ganz entgegengesetzten Gründen, Nichts zu verlieren haben, allein; und während beide die öffentliche Meinung nicht auszusprechen vermögen, scheint diese sich, aus Haß gegen das eine Extrem, dem anderen Extrem zuzuwenden, ohne sich ihm wirklich zugewendet zu haben. Denn man liebt deswegen die bittere Galle noch nicht, wenn man sie dem süßlichen Säfte vorzieht! Nun aber setzt man die ganze Wahrheit in die Aussprüche des einen Extrems und die ganze Lüge in die Aussprüche des andern Extrems; identificirt mit den Männern dieses Extrems die Männer der ächten Mitte, mit dem, dem Extreme angehörenden Journalismus allen Journalismus; mit dem Ungeiste wilder Volkshaufen den Geist der Ständeversammlungen, und zeigt dann dem Fürsten ein gefestigtes und getreues Volk als ein ungeselliges und untreues, und verwandelt so, indem man Regenten und Volk gegen einander mißtrauisch macht, die gesunde öffentliche Meinung in eine scheinbar krankhafte, und thut alles Mögliche, um diesen Schein in ein Sein zu verkehren.“

Meine Herren! Die Regierung, welche den Presszwang übt, verliert immer mehr die Liebe und das Vertrauen des Volkes, wäre sie voll des reinsten Eifers für Volksbeglückung, weil sie das freie Urtheil scheut. Zwar kann unsere sächsische constitutionelle Regierung getrost sagen: „Wir brauchen das öffentliche Urtheil nicht zu scheuen, wir scheuen es in der That nicht.“ Ich unterschreibe das vollkommen; allein so vermeide man auch den Schein, so erkläre man Etwas nicht für nothwendig, für durch die Zeitverhältnisse geboten, was es nicht ist. Das täglich wiederkehrende Gefühl des Bevormundetwerdens schwächt jene Liebe und Anhänglichkeit an die Regierung immer mehr, und die Censur hat nebenbei noch die Folge, daß sie gerade die Intelligentesten und geistig Mündigen am meisten erbittert. Die Regierung setzt sich durch die Censur der Gefahr aus, nicht zu hören, was das Volk bedarf, sie erfährt nicht, was es drückt und bewegt, sie hört nicht die öffentliche Meinung. Und in welchem zweideutigen Lichte stellt sich eine Regierung durch Presszwang und Censur, indem sie nach Sinn und Wesen der Censur das gewissermaßen gut heißt und autorisirt, was geschrieben wird. Ein auffallendes Beispiel davon werden nächstens unsere Kammerverhandlungen darbieten. Um wieviel mehr ist dies in Zeiten allgemeiner Aufregung der Fall, und daß Deutschland, daß ganz Europa in einer solchen Zeit lebt, wollen wir uns nicht verbergen. Ich unterscheide hier wohl zwischen factischem Verhalten und der Idee. Es ist hier nicht der Ort, alle Ursachen und Veranlassungen derselben zu erforschen. Aber Niemand wird wohl verkennen, daß viele Völker zu größerer politischer Mündigkeit erwachsen sind, und daß sie darum die Erfüllung der Verheißungen hoffen, welche in früherer stürmvoller Zeit von den Thronen gegeben worden sind, daß diese Forderungen bald mit- oder bald stürmischer gehört werden, und daß die Minister, welche nicht darauf achten, schwere Verantwortlichkeit auf sich laden. Wahrlich! es thut endlich noth, namentlich im deutschen Vaterlande, daß diese Aufregung schwinde; daß volles Vertrauen zwischen Fürsten und Völkern zurückkehre. Einer der vorzüglichsten Keime dieser Aufregung ist aber nach meiner festen Ueberzeugung, ich wiederhole es nochmals, daß die Verheißung der Pressefreiheit nicht erfüllt wurde.

„Niemand als wir,“ sagt Freiherr v. Wangenheim, „kann wärmer wünschen, daß ein auf gemeinsamen Interessen der deutschen Fürsten und Völker gegründeter Bund entstehen und bestehen möge; Niemand als wir kann zugleich entfernter von dem Wahne sein, daß das Rechte, Schöne und Gute durch Anwendung von gewaltthätigen Mitteln begründet, entwickelt und